

## Bericht zum Internationalen Symposium

### *„From a compensatory to an emancipatory social policy in Europe“*

Am 14. und 15. Oktober 2011 luden Klaus Sombart und Margrit Appel vom Netzwerk Grundeinkommen Österreich<sup>1</sup> an ein zweitägiges Symposium zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) im *Haus der Europäischen Union* in Wien ein. Der Titel des Symposiums lautete *„Von einer kompensatorischen zu einer emanzipatorischen Sozialpolitik in Europa“*. Zu den Zielen der Veranstaltung gehörte, eine Europäische Bürgerinitiative (ECI) für das Grundeinkommen auf den Weg zu bringen.

Zur Eröffnung vermittelte Politikwissenschaftler Marcel Fink von der Universität Wien einen Überblick über die Situation der sozialen Sicherheit in Europa. Schnell wurde klar, dass hier wenig Ermutigendes zu erkennen ist. Die europäischen Sozialsysteme wurden trotz erhöhten Bedarfs während des vergangenen Jahrzehnts tendenziell zurückgefahren, verstärkt durch die Finanzierungsprobleme im Zuge der seit 2008 andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise. Ob diese Situation eher eine schlechte Voraussetzung ist oder gar eine Chance für das Grundeinkommen darstellt, ist unklar. Klaus Sombart wies später zumindest auf die Möglichkeit hin, dass angesichts der Zunahme der sozialen Probleme und des öffentlichen Drucks in absehbarer Zeit die Bereitschaft zu sozialpolitischen Massnahmen steigen könnte.

Unabhängig davon erläuterte Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen Deutschland<sup>2</sup> zentrale Argumente, die für das Bedingungslose Grundeinkommen sprechen. Er stützte sich dabei wesentlich auf die Gestaltung einer gesellschaftlichen Situation, die den Menschen würdige Existenz- und Entfaltungsbedingungen ermöglichen. Es wurde deutlich, dass damit minimale, teils unter die bestehenden Niveaus der sozialen Sicherung gehende Varianten des Grundeinkommens, wie sie von eher (neo-)liberalen Kräften befürwortet werden, aus dieser Perspektive ausgeschlossen bleiben. Ronald Blaschke wies zudem darauf hin, dass sich die Gerechtigkeitsfrage angesichts der zunehmenden Einkommens- und Vermögensdisparitäten besonders scharf stellt.

Im Plenum und in den daran anschließenden Gesprächsgruppen wurde daraufhin die Frage aufgeworfen, ob nicht mit dem Verweis auf die rapide Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich ebenfalls gesamtökonomische Zusammenhänge mitbedacht und in den Diskurs gebracht werden müssten. Schliesslich scheint das sich abschwächende Vermögensvolumen in den Händen weniger nicht nur auf eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch auf eine Systemfrage zu verweisen, insofern, als dass die Funktionsdefizite der deregulierten Märkte immer offensichtlicher werden.

Dies wurde auch vom Europa-Parlamentarier Hannes Swoboda<sup>3</sup> (SPÖ) aufgegriffen, der sich dem Anliegen der

---

<sup>1</sup> [www.grundeinkommen.at](http://www.grundeinkommen.at)

<sup>2</sup> [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

<sup>3</sup> [www.hannes-swoboda.at](http://www.hannes-swoboda.at)

Veranstaltung gegenüber zwar wohlwollend äusserte, aber die Notwendigkeit sozial- und wirtschaftspolitischer Interventionen mit dem Grundeinkommen nicht beseitigt sieht. Er sieht die Gefahr, im BGE ein universales Heilmittel für alle möglichen Probleme sehen zu wollen. Als erfahrener Politiker wies er auf die Schwierigkeit politischer Gestaltungsprozesse und die beschränkte Reichweite einzelner Massnahmen hin.

Gerald Häfner<sup>4</sup>, ebenfalls Mitglied des europäischen Parlaments (Grüne) appellierte tags darauf an die Bürger und Politiker, sich aus der kognitiven Ohnmacht angesichts der komplexen Vorgänge in Politik und Wirtschaft zu befreien. Insbesondere bei den Politikern brauche es eine Willensanstrengung, die Wirtschaftsmechanismen zu durchschauen und sich vom Sachzwang-Diktat der Finanzakteure zu befreien. Diese schreiben den Politikern zunehmend vor, sei es aus profitorientiertem Zynismus, sei es der Systemlogik folgend, welche Rezepte zur Lösung der (Schulden-)Krise anzuwenden seien. Das BGE habe seinerseits das Potenzial, wenigstens in materieller Hinsicht den einzelnen Menschen von den Marionetten-Fäden zu befreien, denen er gegenwärtig innerhalb und ausserhalb des Arbeitsmarktes so häufig ausgeliefert ist.

Mit dem praktischen Know-how eines EU-Parlamentariers, der selbst an der Schaffung der Europäischen Bürgerinitiative mitbeteiligt war, warnte Häfner vor zu grossen Erwartungen an die formelle Wirksamkeit der Initiative, welche die EU-Kommission im Prinzip zu gar nichts verpflichtet, sondern sie lediglich zu einer

Stellungnahme „einladet“. Das Instrument diene aber als wichtige Grundlage für die Kampagnenarbeit in den einzelnen Ländern. Die Sammlung der Unterschriften, welche im Falle eines Gelingens der Aktion eine Million EU-Bürger zur Unterschrift motiviert, dürfte eine quantitativ schwer messbare, aber nicht zu unterschätzende Wirkkraft entfalten.

Am Nachmittag des letzten Tages ging es um die inhaltliche Ausgestaltung der Initiative. Bei den Diskussionen dazu wurde klar, dass die Vorstellungen bezüglich der Höhe des Grundeinkommens alles andere als homogen sind. Der Initiativtext schlägt vor, die von der EU als Standard festgelegte Armutrisikogrenze (60% des sog. nationalen mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens) als Grundlage zu nehmen. Ergänzend soll eine Referenzgrösse im Sinne eines Warenkorb hinzugezogen werden, um zu verhindern, dass in Ländern mit geringem Einkommen das BGE zu schwach ausfalle.

Während sich die Teilnehmer aus Slowenien trotz ihres partiell liberalen Hintergrundes mit dieser Formulierung einverstanden erklärten, war der finnischen Delegation das BGE so zu hoch angesetzt. Das Problem ist hierbei, dass in Finnland bereits eine Initiative mit liberalen Partnern läuft, welche ein BGE von 450 bis 500 Euro vorsieht, was in Finnland weit unter den 60% des Einkommensmittels liegt. Eine Unterstützung der EU-Initiative könnte hier zu Spannungen mit den Partnern führen.

Die somit angedeutete Gefahr, dass Reformen der Sozialpolitik zu Sozialabbau führen könnten statt zum Gegenteil, ist vielen bewusst. Deshalb stehen man-

---

<sup>4</sup> [www.geraldhaefner.de](http://www.geraldhaefner.de)

che, die sich für eine Stärkung der sozialen Sicherheit einsetzen, dem BGE zumindest skeptisch gegenüber. So erstaunte die Reaktion von Werner Rätz nur wenig. Er machte klar, dass Attac Deutschland<sup>5</sup> eine Initiative, die unter die oben formulierte Armutssicherungsgrenze ziele, nicht nur nicht unterstützen, sondern auch aktiv bekämpfen würde. Trotzdem herrschte gegenseitiges Verständnis und es wurde die Hoffnung geäußert, dass die finnische Delegation eine Möglichkeit finden würde, die Europäische Initiative trotzdem zu unterstützen. Die Versammlung verblieb mit der Absegnung einer gemeinsamen Erklärung sowie dem Auftrag an eine redaktionelle Kommission, den im Plenum besprochenen Initiativtext im Sinne der geführten Debatten zu überarbeiten und über weitere Schritte zu informieren.

### **Kommentar**

Teilnehmer äusserten Bedenken, dass der Begriff des Bedingungslosen Grundeinkommens unterdessen neoliberal besetzt ist. In der Schweiz wird zurzeit eine Initiative lanciert, die eine BGE von 2500 Franken vorsieht. Das mag gerade im internationalen Vergleich grosszügig anmuten. Es dürfte aber jenen, die z.B. aus Gesundheitsgründen mehr brauchen, nicht genügen. Weitere sozialpolitische Massnahmen werden dort erforderlich sein. Aber was ist, wenn sich am Ende Stimmen durchsetzen, die für die Schweiz

1500 Franken fordern?<sup>6</sup> Dann wird der Sozialabbau auch in der Schweiz weiter vorangetrieben, und die mühsam erkämpften Institutionen der AHV, IV etc. weichen der schlechteren Alternative.

Es sei aber erwähnt, dass das Bedingungslose Grundeinkommen einen Gedanken birgt, der über die materielle Sicherheit hinausgeht. Es geht nämlich auch darum, dass das Dasein und Sosein der Menschen nicht mehr an den Willen und die Fähigkeit zur Arbeit gebunden bleibt. Arbeit und Einkommen sollen als getrennte Sphären erkannt und anerkannt werden, um die angestrebte Emanzipation des Menschen zu erreichen. Dafür fehlt es vielerorts an Verständnis, wie auch der Austausch mit Hannes Swoboda zeigte, der in der Arbeitsplatzbeschaffung noch immer die politische Kernaufgabe sieht. Er erinnerte uns mit recht an Fragen, deren Lösungen uns auch mit der formellen Umsetzung des BGE nicht geschenkt werden: Zu einem menschenwürdigen Miteinander gehört nicht, dass jeder tun kann, was er will. Die Freiheit ist die Freiheit der anderen. Zentral ist, dass Menschen bereit sind, sich jenseits, vielleicht sogar entgegen materieller Interessen für andere einzusetzen.

Wenn die Europäische Initiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen hier bei manchen zu neuen Einsichten führte, wäre viel gewonnen.

*Simon Mugier*

*Wien/Basel, 20. Oktober 2011*

---

<sup>5</sup> [www.attac.de](http://www.attac.de)

---

<sup>6</sup> Vgl. z.B. ehem. UBS-Chefökonom Klaus Welterhoff, Tagesanzeiger 7.9.2011